

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 052 | 17.5.2024

Aktuelle Stunde zum Kernkraft-Aus: Vorgänge um Bundesminister Habeck und Bundesministerin Lemke transparent aufklären!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Bundesminister Habeck beteuerte, einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraft in Deutschland ergebnisoffen prüfen zu wollen. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben nun vor Gericht die Herausgabe erzwungen und nachgewiesen, dass beide Ministerien nicht aufgrund von fachlichen Erwägungen, sondern aus rein ideologischen Gründen zu einer Ablehnung des Weiterbetriebs der Atomkraftwerke gekommen sind.

Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer Frage der nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich unter

Gesichtspunkten der grünen Parteipolitik entschieden hat. Die bisher herausgegebenen Unterlagen zeichnen ein anderes Bild als bisher behauptet.

So gut wie alle Argumente der Ampel zum Kernkraft-Aus sind widerlegt. Fachliche

Erwägungen aus der Arbeitsebene des Ministeriums wurden bewusst ignoriert. Das wirft Fragen auf, ob es ein grünes System gibt, das Parteiideologie über die Interessen des Landes stellt – ob wir hier nur die Spitze

eines Eisbergs an Desinformation sehen.

Meine Meinung:

Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie und warum die Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit entschieden hat. Robert Habeck und Steffi Lemke müssen die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufklären. Viele Fragen sind unbeantwortet, zugesagte Unterlagen wurden nicht übersandt.



Wir haben diese Vorgänge in dieser Sitzungswoche in einer „Aktuellen Stunde“ thematisiert. Wenn die Regierung nicht vollständige Transparenz schafft, dann liefert sie selbst den Grund für eine umfassende parlamentarische Untersuchung.

Eine unendliche Geschichte: erneut Koalitionsstreit zum Bundeshaushalt – diesmal zum Haushalt 2025

Die Haushaltssituation des Bundes ist dramatisch. Bereits vor den Haushaltsanmeldungen der Ressorts klaffte im Etat 2025 eine Lücke von 25 Mrd. Euro. Mittlerweile ist diese noch größer geworden, denn statt – wie von Bundesfinanzminister Lindner erbeten – Einsparvorschläge zu unterbreiten, haben allein das Bundesentwicklungsministerium sowie das Auswärtige Amt jeweils mehr als 2 Mrd. Euro „Mehrbedarf“ angemeldet. Zusätzlich wären für eine echte Wirtschaftswende milliardenschwere Entlastungen erforderlich.



Die Bundesregierung hat keinen Plan, wie die bestehende Haushaltslücke geschlossen werden soll. Ein öffentlicher Streit zwischen den Ampelpartnern ist die Folge, und das Bundesfinanzministerium blockiert angesichts der Mehrforderungen aus den Ressorts die Kabinettbefassung des sogenannten „Rentenpakets II“. Die Ampel-Koalition zeigt erneut ihre Unfähigkeit zur Erarbeitung tragfähiger Lösungen für die Staatsfinanzen.

Der öffentliche Streit um den Bundeshaushalt 2025 wird einem verantwortungsvollen Regierungshandeln nicht gerecht. Dazu gehört auch: **Die Menschen in Deutschland müssen sich darauf verlassen können, dass die Rente finanziell langfristig gesichert ist.** Mit der Ampel ist die Rente nicht sicher. Entscheidend ist jetzt, eine nachhaltige Lösung für den Bundeshaushalt 2025 sowie die Finanzplanung bis 2028 zu finden und der Rentenversicherung eine langfristige Sicherheit zu verschaffen.

Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen

Islamisten skandieren auf deutschen Straßen Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat und der Einführung der Scharia. Ende April zogen über 1.000 Demonstranten unter dem Motto „*Das Kalifat ist die Lösung*“ durch Hamburg. Am vergangenen Wochenende gab es erneut Kundgebungen mit etwa 2.000 Teilnehmern. Diese extremistischen Gruppierungen und ihre Anhänger sind eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Forderung nach Errichtung eines islamistischen Terrorstaats ist dennoch bei uns bisher nicht strafbar.

Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Allerdings ergreifen bisher weder die von der SPD geführte Landesregierung in Hamburg noch die ebenfalls von der SPD geführte Bundesregierung wirksame Maßnahmen gegen diese Umtriebe auf deutschen Straßen. Wir stehen für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen Werte und setzen auf Taten statt Worte: **Zukünftig soll es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern.**

Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die solche extremistischen Positionen unterstützen, sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Das sogenannte „Islamische Zentrum“ in Hamburg, eine Außenstelle des iranischen Regimes, muss sofort geschlossen werden. Der Staat muss ein klares Signal senden: Für Extremisten ist in Deutschland kein Platz!

75 Jahre Grundgesetz – Unsere parlamentarische Demokratie bewahren und sicher für die Zukunft aufstellen

Aus Anlass des 75. Jahrestages des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 legen wir eine umfassende Bestandsaufnahme zu 75 Jahren gelebter Verfassungstradition vor.

Wichtig: Unser parlamentarisch-demokratisches System hat sich bewährt.

Die Gewaltenteilung, der Grundrechtsschutz und ein plurales Parteiensystem haben zur institutionellen und politischen Stabilität beigetragen. Dem Deutschen Bundestag kommt eine zentrale Rolle bei der demokratischen Legitimation und Kontrolle zu. Diese wird durch Transparenz des parlamentarischen Verfahrens und die aktive Beteiligung der Opposition gewährleistet, die alternative Lösungen und Kritik einbringt.



Trotz der bestehenden Stabilität gibt es Herausforderungen wie Politikverdrossenheit und eine Schwächung der parlamentarischen Prozesse durch externe Beratungsgremien und Missachtung traditioneller Verfahren.

Mit [unserem Antrag](#) betonen wir die Notwendigkeit, die parlamentarische Demokratie und die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages kontinuierlich zu verbessern und so die Legitimation und Effektivität des parlamentarischen Systems zu erhalten.

Parallel in verbundener Debatte bringen wir unseren Antrag Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – **Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten** erneut ins Plenum. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft können das Grundgesetz als unsere Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band starke Integrations- und Identifikationspotentiale zum Wohle von Staat und Gesellschaft entfalten. Diese Potentiale sollten auf keinen Fall den gesellschaftlichen Rändern überlassen werden. Patriotismus trägt zudem zum Erhalt und zur Stabilisierung unseres Gemeinwesens bei. Unsere zentrale Forderung ist, den „Tag des Grundgesetzes“ – den 23. Mai – als jährlichen nationalen Gedenktag einzuführen.

Pflegebedürftigkeit frühstmöglich verhindern – Gesundheitsförderung und Prävention in der Pflege stärken

Durch gezielte Prävention und neue präventive Ansätze in der Pflegepolitik kann der Anteil der Pflegebedürftigen deutlich reduziert werden. Bedauerlicherweise kommt die Prävention in der Pflege in der Diskussion oft zu kurz, obgleich das bisherige Präventionsgesetz bereits viele Anknüpfungspunkte bietet.

Daher haben wir in diesem [Antrag](#) auf der Grundlage unseres Pflegepositionspapiers aus dem vergangenen Jahr unsere Überlegungen zur Prävention in der Pflege näher konkretisiert. Wir fordern ein ressortübergreifendes, integriertes Präventionskonzept, das alle Lebensbereiche umfasst.

Zudem soll die Bundesregierung in ihrer Pflegepolitik dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ stärker Rechnung tragen. Innovative Wohnformen, wie beispielsweise ambulant betreute Pflege-WGs, sollen besser gefördert werden. Zudem sollen Präventionsmaßnahmen auch für pflegende Angehörige gefördert werden, da diese häufig psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt sind.

Wir wollen das BAföG auf die Höhe der Zeit bringen

Mit unserem [Antrag](#) – den wir in dieser Woche erstmals beraten – betonen wir das strategische Ziel des Staates eine individuelle Ausbildungsförderung zu leisten, „wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen“. So ist es auch in § 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) festgeschrieben.



Das BAföG ist keine Sozialleistung und soll es auch nicht werden. Gleichwohl muss sichergestellt sein, dass die BAföG-Regelsätze zum Leben reichen und fortlaufend angepasst werden. Wir wollen deshalb die Regelsätze vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten und einer hohen Inflationsrate bedarfsgerecht ausgestalten. Die Höhe der BAföG-Regelsätze ist künftig regelmäßig durch eine unabhängige Kommission auf Angemessenheit hin zu überprüfen. Darüber hinaus soll durch Verlängerung von Bewilligungszeiten der Aufwand für Folgeanträge massiv reduziert werden.

Die BAföG-Antragstellung soll vereinfacht und beschleunigt werden. Die Bundesregierung soll dem Deutschen Bundestag bis Ende des Jahres einen Sachstandsbericht mit substanziellen Vorschlägen zur Vereinfachung und Beschleunigung des BAföG-Antragsprozesses vorlegen. Parallel zu unserem Antrag debattieren wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Neunundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei der Ampel beim BAföG allerdings weit auseinander. Der vorliegende Gesetzentwurf der Regierungskoalition bleibt inhaltlich weit hinter dem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, das BAföG grundlegend zu reformieren, zurück. Ebenso gibt der Gesetzentwurf keinen neuen Schwung für die dringend erforderliche vollständige Digitalisierung des BAföG-Antragsverfahrens.

Für transparente Verhandlungen über das WHO-Pandemieabkommen – Gegen Fehlinformationen und Verschwörungstheorien

Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche abschließend beraten, fordern wir die Bundesregierung auf, in den Verhandlungen über ein Pandemieabkommen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) konsequent für den Präventionsansatz – der umfassenden Vorbeugung von Pandemien – einzutreten. Die WHO muss durch das Abkommen handlungsfähiger werden, wobei ihre Befugnisse klar abgegrenzt und die zentrale Rolle der Mitgliedsstaaten und die Rechte der Bürger gewahrt sein sollen.

Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass die Umsetzung des Abkommens in Übereinstimmung mit der nationalen Gesundheitspolitik der Mitgliedsstaaten erfolgt und einzelstaatliche Souveränitätsrechte vollumfänglich bestehen bleiben.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, auf eine enge Abstimmung zwischen dem Globalen Pandemieabkommen und den internationalen Gesundheitsvorschriften zu dringen.



Was mir wichtig ist:

Ich sehe absolut die Notwendigkeit einer breit angelegten öffentlichen Debatte über die Ziele und Inhalte eines Pandemieabkommens unter Einbeziehung von Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Parlamenten. Bereits Kreise ziehende Fehlinformationen und Verschwörungstheorien zu den Verhandlungen unterstreichen die Dringlichkeit einer solchen breiten öffentlichen Diskussion. In vielen Internetforen und sozialen Medien ist vermehrt von angeblichen Grundrechtsbeschränkungen und einer Mandatierung der WHO als eine Art „Weltgesundheitspolizei“ die Rede.

Um solchen Gerüchten entgegenzutreten und die Diskussion zu versachlichen, bedarf es der öffentlichen Auseinandersetzung. Unser Antrag soll einen Beitrag hierzu leisten. Mit verbindlichen Regelungen zu einem verbesserten Zugang zu Ausbruchsgeländen und zu einem stetigen Informationsaustausch unter den Mitgliedstaaten sollte das Abkommen zudem dazu beitragen, gezielten Fehlinformationen, unberechtigten Ängsten und gesundheitlichen Konsequenzen vorzubeugen.

Von der  **abgelehnt!**

Video der Woche



Meine Rede zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung zwischen Frankreich und Deutschland:

[KLICK](#)

Zitat der Woche

«Liebe Kolleginnen und Kollegen, schockierende Angriffe auf Politikerinnen und Politiker aller Parteien sind kein neues Problem. Die Attacken der vergangenen Wochen zeigen aber eine neue Eskalationsstufe: Die Taten häufen sich. Sie werden brutaler und heimtückischer. ...

Unsere Antwort als Demokratinnen und Demokraten muss klar sein: Wir halten dagegen! Wenn wir einfach wegschauen, kann es zu spät sein. Aus Worten werden Taten. Aus Verachtung werden Faustschläge. Wir dürfen Hass und Hetze keinen Raum geben – nicht auf den Straßen, nicht im Netz und nicht in den Parlamenten! ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aggressiven sind zwar laut, sie sind aber in der Minderheit. Die große Mehrheit in unserem Land wünscht sich eine sachliche und konstruktive Politik. Lassen Sie uns aus der rhetorischen Eskalationsspirale ausbrechen! Lassen Sie uns den demokratischen Dialog fördern und nicht das Spiel der Demokratiefeinde mitspielen! ...

Für uns hier im Haus muss gelten, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen unserer Vorbildfunktion gerecht werden und eine faire Debattenkultur vorleben: eine Debattenkultur ohne Herabwürdigungen, ohne Hass, ohne Hetze, mit Achtung und Respekt»

(Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** am Mittwoch zur Eröffnung der Debatte.)

Bilder der Woche

Besuchergruppe „BPA II“



Anfang Mai durfte ich die zweite Besuchergruppe in Berlin begrüßen, die auf Einladung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (BPA) in der Hauptstadt zu Gast war.

Diesmal setzte sich die Gruppe aus Mitgliedern des Seniorenbüros Backnang und vielen weiteren ehrenamtlich Tätigen zusammen. Nicht nur optisch eine wirklich „bunte“ Truppe!



Eine spannende Diskussion hatte ich am Mittwochabend mit der Klasse 11 des [Gymnasiums in der Taus](#) (Backnang)



Zufallsbegegnung im Paul-Löbe-Haus:
Eine Delegation der [IHK Ostwürttemberg](#)
besucht den Deutschen Bundestag

Splitter aus dem Wahlkreis



Interreligiöses Gebet auf dem Münsterplatz
in Schwäbisch Gmünd



Ruhestand nach 30 Jahren: Verabschiedung von
BM Klemens Stöckle in Iggingen - und Gmünds
Bürgermeister Christian Baron war mit dabei.



Kundgebung zum 1. Mai mit LR Bläse, BM Baron
und Moni Wüllner, der IG Metall-Sekretärin



Die großartigen Backnanger Kandidatinnen und
Kandidaten mit Andrea Wechsler



👉 Bettringen Zeltfestival mit MdL Tim Bückner und den tüchtigen Initiatoren - ein Riesenevent

Mit Hannes Barth hinter der Theke 👉



Oli Glass als Hähnchenbräter (sehr lecker!) und Heiko Krieger, der Mitorganisator



Der CDU-Stand in Schwäbisch Gmünd zu den Kommunal- und Europawahlen. Gut besucht und super Stimmung!



Wie geht es weiter mit der B 29?
Guter Termin mit MdL Bückner in Böbingen
bei Bürgermeister Jürgen Stempfle



Ich trage Flyer in Gmünd aus! 20.000 Schritte...



Gräfin Stauffenberg lud in den Garten – und über 70 Gäste folgten der Einladung gerne.